

Februar 1984 in zwei Kommentaren Kritik an den maoistischen und dogmatisch-konservativen Reformgegnern geübt.

Am 20. Februar 1984 kritisierte das offizielle Parteiblatt die Gegner der eingeleiteten Wirtschaftsreformmaßnahmen und verlangte, den Widerstand gegen die Reformen im Verlauf der "Ausrichtung der Partei" zu brechen. Dem Kommentator zufolge sind vor allem drei Ursachen für die Behinderung der Reformmaßnahmen verantwortlich, die teilweise sogar dazu geführt hätten, daß die Reformen an der Basis in ihr Gegenteil verkehrt worden seien.

Als erste Ursache nannte der RMRB-Komentator "linke" ideologische Vorstellungen. "Einige Genossen" betrachteten die Reformen als eine Abweichung vom sozialistischen Weg. Für sie seien Marktregulierung und Wettbewerb zwischen Betrieben gleichbedeutend mit dem Kapitalismus. Die verschiedenen materiellen Anreizsysteme in Industrie und Landwirtschaft würden von ihnen mit dem Satz "Alles schielt nach dem Geld" entstellt, und die Beseitigung der Gleichmacherei würde als Rückfall in die Zeit "vor der Befreiung" verunglimpft. Hiermit wurden offensichtlich die maoistischen Linkskräfte angesprochen, für die der nachmaoistische Kurs auf eine Restauration des Kapitalismus hinausläuft.

Zweite Ursache für die Behinderung der Reformen sollen "die Macht der Gewohnheit" und der Konservatismus sein - ein Hinweis auf die konservativen und dogmatischen Kräfte innerhalb der Partei.

Dritte Ursache schließlich bildet die "passive und abwartende Haltung", die "einige Genossen" gegenüber der Reform einnehmen. Dies bezieht sich offenbar auf die Mehrzahl der Kader, die nach den leidvollen Erfahrungen der zahlreichen politischen Wechsel in der Vergangenheit vorsichtig geworden sind und nur höchst ungern eindeutig politische Stellung nehmen und erst abwarten wollen, ob sich der eingeschlagene Kurs auch wirklich durchsetzt.

In einem Kommentar am 25. Februar 1984 griff das ZK-Organ sowohl maoistische "Linke" als auch konservativ-dogmatische Kräfte als Reformgegner an. Vor allem der letzten Gruppe widmete die "Volkszeitung" ihre Aufmerksamkeit. Aus den diesbezüglichen Passagen geht hervor, daß es sich hierbei um Funktionäre handelt, die vom sowjetischen Planungs- und Betriebsverwaltungsmodell beeinflusst sind und das hieran orientierte Wirt-

schaftsentwicklungskonzept des 1. Fünfjahresplans (1953-1957) und der Readjustierungsphase von 1962-1965 auch für die Gegenwart befürworten. Der Kommentator des ZK-Organs bezeichnete die Methoden der fünfziger Jahre als überkommen, da sich die Situation gewandelt habe. Die "veraltete Ansichten", mit Hilfe des "linken" oder des althergebrachten (sowjetischen) Wirtschaftsmodells die anstehenden Probleme zu lösen, müßten "überwunden" werden. Vielmehr müsse man entsprechend der neuen Situation auch neue Methoden in der Wirtschaftspolitik anwenden. -sch-

* (9)

Drei Kriterien für politische Zuverlässigkeit

In einem Kommentar über die im Rahmen der "Ausrichtung der Partei" geforderte ideologische Vereinheitlichung der Parteimitglieder im Sinne des gültigen politischen Kurses der Parteizentrale hat die "Volkszeitung" am 7. Februar 1984 folgende drei Fragen bzw. Kriterien aufgestellt, anhand derer die politische Zuverlässigkeit der Parteimitglieder gemessen werden soll:

1. Wird die seit der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees (Dezember 1978) verfolgte Politik für korrekt und marxistisch gehalten?

2. Besteht uneingeschränkte Zuversicht in die vom XII. Parteitag der KPCh ausgegebenen Kampfziele?

3. Wird die eigene Arbeit den Kampfzielen der Partei untergeordnet und dient sie letzteren?

Der RMRB-Komentator fügte hinzu, daß dies die wichtigsten politisch-ideologischen Fragen seien, die während der "Ausrichtung der Partei" betont werden müßten. Ideologische Fragen, die in den vergangenen Jahren bereits gelöst worden seien, sollten nicht damit in Verbindung gebracht werden. -sch-

* (10)

III. KPCh-Parteitag des Autonomen Gebiets Xinjiang

Der III. Parteitag der KPCh-Organisation des Autonomen Gebiets Xinjiang fand vom 14. bis 22. Februar 1984 in Ürümqi statt. An dem Kongreß nahmen 673 Delegierte teil, die 506.000 KPCh-Mitglieder in Xinjiang vertraten. Der letzte Parteitag hatte vor knapp 13 Jahren im Mai 1971 stattgefunden. Die Tatsache, daß der dritte Parteitag erst sieben Jahre nach Maos Tod und fünf Jahre nach der eigentlichen politischen Wende im Dezember 1978 (3. Plenartagung des

XI. ZK) stattfand, ist ein Indiz für langwierige, erhebliche politische Probleme der nachmaoistischen Führung mit der Parteiorganisation von Xinjiang. Auf dem Kongreß wurden Wang Enmao als 1. Parteisekretär von Xinjiang bestätigt. Ihm zur Seite stehen fünf Sekretäre, darunter der Uigure Ismail Amat (Regierungschef von Xinjiang) und zwei weitere Angehörige "nationaler Minderheiten". Das neue Parteikomitee umfaßt 56 Mitglieder, von denen 23 keine Han-Chinesen sind. (Radio Xinjiang, 14. und 15.2.84, nach SWB, 21.2.84; XNA, 24.2.84) -sch-

* (11)

Dalai Lama 1985 zum Besuch nach Tibet?

Der im indischen Exil lebende höchste tibetische Führer, der Dalai Lama, soll einer Meldung der französischen Nachrichtenagentur AFP zufolge zum wiederholten Mal erklärt haben, daß er im Sommer 1985 zu einem Besuch in das von China besetzte Autonome Gebiet Tibet reisen werde (AFP, engl., 27.2.84, aus New Delhi, nach MD, 29.2.84). Es wäre dies das erste Mal seit seiner Flucht im Jahre 1959, daß der Dalai Lama in seine Heimat zurückkehrt. Bisher hatte er lediglich Beobachter-Delegationen nach Tibet entsandt. -sch-

VERTEIDIGUNG

*

*

* * * * *

* (12)

Verbot für Waffen im Weltraum

Im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz sprach sich die chinesische Delegation unter ihrem Leiter Qian Jiadong am 16. Februar für einen Bann aller Waffensysteme im Weltraum aus. Ein solcher Bann sei umso notwendiger, als beide Supermächte ihre Bemühungen um militärische Raumtechnologie deutlich erhöht hätten und dabei wären, das Weltraum in den Raum zu verlegen. (XNA, 16.2.84) -ma-

* (13)

Hu Yaobang besucht Truppen an der vietnamesisch-chinesischen Grenze

ZK-Generalsekretär Hu Yaobang besuchte am 1. Februar 1984 zusammen mit dem Direktor der Zentralen Politischen Abteilung der VBA, Yu Quli, und dem Kommandeur der chinesischen Luftwaffe, Zhang Tingfa, die an der vietnamesisch-chinesischen Grenze in dem Autonomen Gebiet Guangxi stationierten VBA-Einheiten. In einer Rede beschuldigte Hu Yaobang die vietnamesische Führung, auf die chinesischen Forderungen nach einem Trup-

penabzug aus Kambodscha nicht eingegangen zu sein. Vielmehr gäbe es zahlreiche Anzeichen für eine erneute Trockenzeitoffensive in Kambodscha und für vietnamesische Grenzprovokationen gegenüber China. Hu forderte die chinesischen Grenztruppen aus, im Falle vietnamesischer Grenzverletzungen entschlossen zurückzuschlagen. Die "Volkszeitung" vom 2. Februar 1984 widmete dem Besuch und der Rede Hu Yaobangs im chinesisch-vietnamesischen Grenzgebiet die Hälfte ihrer ersten Seite. Die an prominenter Stelle veröffentlichte ausführliche Berichterstattung über den Besuch Hu Yaobangs an der chinesisch-vietnamesischen Grenze könnte als Warnung an die Adresse Vietnams verstanden werden, daß eine umfangreiche vietnamesische Trockenzeitoffensive in Kambodscha chinesische Vergeltungsschläge provozieren würde. -sch-

*(14)

Neue disziplinarisch Bestimmungen für die VBA

Die Zentrale Militärkommission der Volksrepublik China hat am 27. Januar 1984 neue "Disziplinarische Vorschriften der Chinesischen Volksbefreiungsarmee" erlassen. Die Bestimmungen, die am 17. Februar von der "Zeitung der Befreiungsarmee" veröffentlicht wurden, umfassen 48 Artikel. Oberstes Gebot ist die Durchsetzung der von der KPCh beschlossene Politik und die Einhaltung der Verfassung, Gesetze und anderer rechtlicher Vorschriften. (Xinhua, 17.2.84, nach SWB, 21.2.84; XNA, 17.2.84) -sch-

KULTUR

*

*

* * * * *

*(15)

Chinesische Medizin

Der chinesische Gesundheitsminister Cui Yueli hat dazu aufgerufen, in allen Provinzen, autonomen Gebieten und regierungsunmittelbaren Städten "kleine Führungsgruppen zur Förderung der chinesischen Medizin" einzurichten. Der Aufruf erging anlässlich einer Arbeitstagung über die Förderung der chinesischen Medizin in Sichuan, die im Februar 1984 in Chengdu stattfand. Als Vorbild soll Sichuan dienen, das eine solche Führungsgruppe eingerichtet hat. Die Gruppe soll den Stand der chinesischen Medizin untersuchen und rechtzeitig Maßnahmen zur Lösung von Problemen ergreifen.

Folgende Daten über den Entwicklungsstand der chinesischen Medizin wurden bekanntgegeben:
Das Personal für chinesische Medi-

zin hat sich seit 1976 von 200.000 auf 300.000 erhöht; die Zahl der Krankenhäuser für chinesische Medizin ist von 171 auf über 1.100 gestiegen, die Zahl der Hochschulen für chinesische Medizin von 11 auf 24. Doch trotz dieser Fortschritte bestünden hinsichtlich der chinesischen Medizin noch große Mängel, wie z.B. Knappheit an Medikamenten, mangelhafte Koordination von Medizin und Pharmazie usw. (GMRB, 12.2.84).

Von offizieller Seite wird die chinesische Medizin in China stark gefördert, wobei sie jedoch nicht in erster Linie als Alternative gedacht ist. Das erklärte Ziel ist vielmehr die Synthese von westlicher und chinesischer Medizin.

-st-

*(16)

Allgemeinsprache in Guangdong Grundschulen

Die Erziehungsbehörde der Provinz Guangdong hat kürzlich beschlossen, im September 1984 mit Beginn des neuen Schuljahres an den Schwerpunktgrundschulen aller Städte bis hinunter zur Kommuneebene (xiang) von der 1. bis zur 5. Klasse Konversationsunterricht in der Allgemeinsprache (putonghua) einzuführen. Für diesen Unterricht soll eine Wochenstunde reserviert werden (GMRB, 8.2.84).

Der Beschluß läßt erkennen, daß die bisherigen Bemühungen um die Sprachreform, deren Ziel die allgemeine Verbreitung des Hochchinesischen in ganz China ist, noch nicht sehr weit gediehen sind. Der überwiegende Teil der Bevölkerung insbesondere Südchinas dürfte nach wie vor mit der Allgemeinsprache nicht vertraut sein. Zwar bedeutet es einen Fortschritt, daß in Guangdong jetzt auch an Grundschulen Hochchinesisch gelehrt werden soll, doch wird dies nur für einen kleinen Teil der Grundschulen obligat, nämlich die Schwerpunktgrundschulen, d.h. die Grundschulen mit dem höchsten Niveau. -st-

*(17)

Private Freizeithochschulen und andere Privatschulen

Seit ihrer Eröffnung vor einem halben Jahr hat die Freizeithochschule in Tianjin 1200 Studenten in sechzehn Spezialfächern aufgenommen. Die Hochschule wurde von eintausend ehemaligen aus Tianjin stammenden Studenten verschiedener berühmter Universitäten des Landes gegründet, weil ihrer Meinung nach viele dringend benötigte Fächer an den regulären Hochschulen nicht zu finden sind. Ihr Schritt wurde von der Stadtregierung Tianjin durch einen Fonds von 10.000 Yuan unterstützt. Bisher

allerdings ist dieser Fonds noch nicht angerührt worden, weil sich die Hochschule durch ihre Einnahmen aus Beratertätigkeit und Schulgeld selbst finanziert. Die insgesamt 108 Lehrkräfte, zumeist pensionierte Spezialisten und Gastprofessoren, werden auf Vertragsbasis eingestellt, wobei die Verträge bei ungenügender Qualifikation gekündigt werden können.

Eine ähnliche, privat betriebene Schule, die Jingyi-Fortbildungsschule, gibt es in Beijing. Sie hat seit ihrer Gründung im Herbst 1980 2100 Leute ausgebildet. Zur Zeit studieren dort 969 Studenten. Die Kurse umfassen u.a. Literatur, College-Englisch, höhere Mathematik, Philosophie, Politökonomie, Logik, Buchhaltung und Elektrotechnik. Außerdem gibt es in Beijing elf Berufsschulen, die von dem Revolutionären Komitee der Guomindang betrieben werden. Auch hier werden vielfach Fächer unterrichtet, die man nirgendwo sonst belegen kann, wie z.B. Kantonesisch für Angestellte im Tourismuswesen.

Die meisten Studenten besuchen derartige Hochschulen und Kurse, um in ihrem Beruf befördert zu werden, um sich auf die Diplomprüfungen an der Hochschule für Selbststudierender vorzubereiten, oder um neue Fähigkeiten für ihren Beruf zu erlernen (XNA, 7.2.84). Die privaten Hochschulen erfüllen somit eine wichtige Funktion im chinesischen Bildungswesen. Stärker als die regulären Hochschulen sind sie auf die praktischen Bedürfnisse des Berufs- und Wirtschaftslebens ausgerichtet. Gerade darin liegt ihre Chance.

Einer Meldung der Guangming-Zeitung vom 20.1.84 zufolge gibt es jetzt allein in Beijing, inklusive der elf von der GMD betriebenen Berufsschulen, 44 Schulen, die von den sog. demokratischen Parteien (von denen es acht gibt) und dem Industrie- und Handelsverband eingerichtet und unterhalten werden. Diese Schulen bieten Hochschulkurse, vor allem aber berufsbildende und polytechnische Kurse an. Die Dauer der Kurse variiert je nach Art der Schule. Normale Kurse, Fortbildungs- und Freizeitkurse dauern von drei Monaten bis zu einem Jahr; eine Fachhochschul- oder Fachmittelschulbildung dauert zwei bis vier Jahre. Derartige Privatschulen gibt es seit etwa 1980. In Beijing haben sie seitdem 40.000 Studenten ausgebildet. Gegenwärtig besuchen 20.000 Menschen diese Schulen.

In ganz China soll es gegenwärtig gut fünfhundert solcher Schulen geben. Sie haben in den letzten vier Jahren 100.000 Arbeiter und